

Von ihren natürlichen Feinden erwähnt Reiß *Chrysopa*, *Anthrribus varius* und *Coccinella septempunctata*. Auch eine Pilzkrankheit konnte er an ihr beobachten, hervorgerufen durch *Cordiceps clavulata*.

Peritelus familiaris frisst im Frühling die Knospen der Afazienpflanzen, auch befallt er die Birkenpflanzen.

Agrostis vestigialis nagt die Rinde der Afazienpflanzen unmittelbar unter der Erde, oft ringsherum ab.

Melolontha fallo L., der große Engerling des Walkers verursacht oft beträchtlichen Schaden, Reiß fand 15 jährige Birken infolge seiner Angriffe abgestorben.

Mytilaspis linearis Geoffr. befallt hauptsächlich die Graupappel, aber auch andere Pappelarten und die kaspische Weide. Größerer Befall führt zum Absterben des Baumes. In Gesellschaft mit diesem kommt auch *Aspidiotus spureatus* Sign. vor.

Bourmia crepuscularia Hbn. und v. *defessaria* Fr. frisst die Blätter der Afazien ab. In einzelnen Beständen waren 60—70 % der Blätter vernichtet.

Nematus septentrionalis L. lebt auf Birken und nährt sich von den Blättern derselben.

Saperda carcharias und *populnea* L. durchbohrt die Stämme der Kanadischen Pappel derart, daß der Baum vom Winde gebrochen wird.

Lophyrus rufus und *Retinia huoliana* schädigt die Kiefern.

Etiella zinkenalla Fr. trat als neuer, früher unbekannter Schädling der Afazien auf und machte sich sehr unangenehm bemerkbar, da er z. B. im Jahre 1895 95 % der Afazienfasen, im Jahre 1911 aber stellenweise die ganze Ernte vernichtete. Zum Glück ersand der Motte auch ein Feind, *Phanerotoma dentata* Fauver, der sie in großen Mengen vernichtet.

Die Larve von *Otiorhynchus ligustici* benagt die Wurzeln der Afazie.

Chrysomela populi und *tremulae* schädigt die Pappel- und Weidenpflanzen.

Chaetoforus populeus, eine Blattlaus der Schwarzpappel, wird von *Coccophagus scutellaris* Neß. verfolgt.

Chaetoforus versicolor lebt auf den Graupappeln.

Aphis laburni schädigt die frischen Triebe und Blätter der Afazien.

Gryllotalpa vulgaris L. wird in Schwarzkiefer-, Silberpappel- und Birkenfasen schädlich. (Fortsetzung folgt.)

Zum Wildschadenersatz nach dem geltenden Recht.

Von Rechtsanwalt Dr. jur. Werneburg, Köln a. Rh.

Die Frage nach dem Wildschadenersatz beurteilt sich teils nach den reichsrechtlichen Bestimmungen des bürgerlichen Gesetzbuchs, teils nach den speziellen Bestimmungen der Landesgesetze in den verschiedenen Bundesstaaten Deutschlands, da das Einführungsgezet zum bürgerlichen Gesetzbuch der Landesgesetzgebung in dem weitesten Maße in verschiedener Richtung erheblichen Spielraum gelassen hat, wie sich aus den nachstehenden Erörterungen ergeben wird.

Was zunächst die Regelung anbetrifft, die das bürgerliche Gesetzbuch der Wildschadenersatzfrage zu teil werden ließ, so finden sich die

hierfür maßgebenden Vorschriften in dem § 835 BGB., der unter dem Titel der sogenannten „unerlaubten Handlung“ eingegliedert ist. Dieser Umstand berechtigt aber doch nicht zu der weiteren Annahme, daß es sich bei der Schadenerfatzpflicht aus Wildschäden um eine Erfatzpflicht aus einer unerlaubten Handlung handelt. Dies ergibt sich einmal schon daraus, daß jede unerlaubte Handlung regelmäßig ein Verschulden auf Seiten des Erfatzpflichtigen voraussetzt, ein solches Verschulden auf Seiten des Jagdberechtigten aber deshalb nicht in Frage kommt, weil das Gesetz ja ausdrücklich die Ausübung der Jagd gestattet hat. Es wäre also ein Widerspruch, wenn das Gesetz auf einer Seite die Ausübung des Jagdrechtes gestatten, auf der anderen Seite dem Jagdberechtigten hieraus ein Verschulden konstruieren wollte. Ferner fehlt aber auf Seiten des Jagdberechtigten die weitere Voraussetzung einer unerlaubten Handlung, nämlich die der Rechtswidrigkeit seines Handelns, da das Halten von Wild offensichtlich eine derartige Rechtswidrigkeit nicht in sich schließt. Die Regelung unter dem Titel der unerlaubten Handlungen erklärt sich vielmehr einfach daraus, daß bei der Wildschadenerfatzpflicht eine Haftung aus einem Vertragsverhältnis regelmäßig nicht in Betracht kommt, ferner, daß die Haftung hierfür der Billigkeit und der Gerechtigkeit entspricht, also rechtliche Gesichtspunkte allgemeinerer Natur für diese Haftung des Jagdberechtigten maßgebend waren, so daß also aus diesen Gründen die Regelung unter dem erwähnten Titel am Platze erschien.

Das bürgerliche Gesetzbuch regelt nun die Erfatzpflicht für Wildschäden nur für den Fall, daß entweder dem Eigentümer des beschädigten Grundstücks das Jagdrecht gesetzlich nicht zusteht oder daß dem an sich jagdberechtigten Eigentümer nur die Jagd entzogen — die Eigentümer bilden dann eine Jagdgemeinschaft oder die Jagd wird durch die Gemeinde verpachtet — oder beschränkt ist. Für ersteren Fall schreibt der § 835 Absatz 1 BGB. vor: Wird durch Schwarz-, Rot-, Elch-, Dam- oder Rehwild oder durch Fasanen ein Grundstück beschädigt, an welchem dem Eigentümer das Jagdrecht nicht zusteht, so ist der Jagdberechtigte verpflichtet, dem Verletzten den Schaden zu ersetzen. Die Erfatzpflicht erstreckt sich auf den Schaden, den die Tiere an den getrennten, aber noch nicht eingeeernteten Erzeugnissen des Grundstücks anrichten. Für den zweiten Fall bestimmt der Absatz 2 dieser Vorschrift: Ist dem Eigentümer die Ausübung des ihm zustehenden Jagdrechtes durch das Gesetz entzogen, so hat derjenige den Schaden zu ersetzen, der zur Ausübung des Jagdrechtes nach dem Gesetz berechtigt ist. Hat der Eigentümer eines Grundstücks, auf dem das Jagdrecht wegen der Lage des Grundstücks nur gemeinschaftlich mit dem Jagdrecht auf einem anderen Grundstück ausgeübt werden

darf, das Jagdrecht dem Eigentümer dieses Grundstücks verpachtet, so ist der Letztere für den Schaden verantwortlich. Sind die Eigentümer der Grundstücke eines Bezirkes zum Zwecke der gemeinschaftlichen Ausübung des Jagdrechtes durch das Gesetz zu einem Verbande vereinigt, der nicht als solcher haftet, so sind sie nach dem Verhältnisse der Größe ihrer Grundstücke ersatzpflichtig. Hierzu kommt ergänzend die Bestimmung des Artikels 71 des Einführungsgesetzes zum bürgerlichen Gesetzbuch in Betracht, die es insbesondere der landesgesetzlichen Regelung überläßt, die Gemeinde an Stelle der Eigentümer der zu einem Jagdbezirk vereinigten Grundstücke zum Ersatz des Wildschadens zu verpflichten und zum Rückgriff auf die Eigentümer zu berechtigen oder an Stelle der Eigentümer oder des Verbandes der Eigentümer oder der Gemeinde oder neben ihnen den Jagdpächter zum Ersatz des Schadens zu verpflichten.

Nach den Bestimmungen der einzelnen Landesgesetze steht das Recht, die Jagd ausüben zu lassen, sei es im Wege der Anstellung von Jägern, sei es im Wege der Verpachtung an solche, regelmäßig entweder den zu einer Genossenschaft vereinigten Grundeigentümern, oder der Gemeinde als deren Vertreter zu. In diese Regelung der Landesgesetze sollte auch durch das bürgerliche Gesetzbuch nicht eingegriffen werden, woraus sich die erwähnte Bestimmung des Absatzes 3 des § 835 erklärt, so daß also nur für den Fall, daß die Genossenschaft oder die Gemeinde als Vertreter der Grundeigentümer als solche hiernach nicht haftet, die Grundeigentümer nach dem Verhältnisse der Größe ihrer Grundstücke ersatzpflichtig sind.

Der erwähnte Absatz 2 des § 835 BGB. (Satz 2) bezieht sich auf die sogenannten Jagdenklaven, auch genannt Jagdeinschlüsse oder Jagdan schlüsse, bei denen es sich um Grundstücke mit geringerem Flächeninhalt handelt, die von einem selbständigen Jagdbezirk umgeben sind. Bezüglich dieser Jagdenklaven schreiben die einzelnen Landesgesetze regelmäßig vor, daß der Jagdberechtigte das Recht haben solle, die Jagd auf der Enklave anzupachten. In diesem Falle ist dann nach der gesetzlichen Bestimmung des bürgerlichen Gesetzbuches nicht der Eigentümer der Enklaven, sondern der Eigentümer des um schließenden Grundstücks, der die Jagdenklave angepachtet hat, zum Ersatz des Wildschadens verpflichtet. Verweigert der Eigentümer des die Enklave umschließenden Grundstücks die Anpachtung der Jagd auf dieser, so greift für diesen Fall wiederum ergänzend der Artikel 71 Nr. 3 des Einführungsgesetzes zum BGB. ein, der bestimmt: Unberührt bleiben die landesgesetzlichen Vorschriften, nach welchen der Eigentümer eines Grundstücks, wenn das Jagdrecht auf einem anderen Grundstück — der Enklave — nur gemeinschaftlich mit dem Jagdrecht auf seinem Grundstück ausgeübt werden darf, für den auf dem anderen Grund-

stück angerichteten Wildschaden auch dann haftet, wenn er die ihm angebotene Pachtung der Jagd abgelehnt hat. (Von diesem Vorbehalt hat Preußen in § 7 des Jagdpolizeigesetzes vom 7. 3. 1850 Gebrauch gemacht, so daß also der Eigentümer des umschließenden Grundstücks auch dann für den Wildschaden ersatzpflichtig ist, wenn er die Anpachtung des Jagdrechtes auf der Enklave verweigert, jedoch muß das umfassende Grundstück ein Wald von mindestens 3000 Morgen zusammenhängenden Gebietes sein, während das eingeschlossene nur bis zu 300 Morgen betragen darf.)

Das Gesetz verpflichtet somit den Jagdberechtigten zunächst zum Ersatz des Wildschadens, bei Vereinigung mehrerer Eigentümer von Grundstücken zu einer Genossenschaft entweder diese oder die Gemeinde, oder falls ein solcher Verband nicht besteht die mehreren Grundstückseigentümer selbst nach dem Verhältnis der Größe ihrer Grundstücke; bei Jagdenklaven haftet bei Anpachtung nach BGB. der Pächter, der Eigentümer des umschließenden Grundstücks, wobei es der Landesgesetzgebung anheimgestellt ist, dies auch bei Verweigerung der Anpachtung seitens des Letzteren gegen diesen eintreten zu lassen — wie dies z. B. in Preußen geschehen ist —. Demnach haftet der Jagdpächter — abgesehen von letzterem Falle der Jagdenklaven — an sich nach dem BGB. nicht. Jedoch kann selbstverständlich eine derartige Verpflichtung für den Jagdpächter durch den Jagdpachtvertrag geschaffen werden, was in Preußen sogar nach dem Wortlaut des Gesetzes (§ 2 des Gesetzes vom 11. 7. 1891) als Regel angesehen wird, da in dieser Bestimmung für den Abschluß eines Jagdpachtvertrages ohne eine solche die Ersatzpflicht auf den Jagdpächter abwälzende Bestimmung erschwerende Bedingungen aufgestellt sind, nämlich öffentliche Auslegung während einer Woche, im Falle des Widerspruches seitens eines Grundbesitzers Genehmigung des Kreis- oder Stadtausschusses.

In bestimmten Fällen kann der zunächst zum Wildschaden Ersatzpflichtige an einer anderen Person für den gezahlten Schadenersatz Rückgriff — Regreß nehmen —, worüber der Artikel 71 Absatz des Einführungsgesetzes Bestimmung trifft. Nach dieser Vorschrift bleiben ebenfalls die landesgesetzlichen Bestimmungen unberührt, nach welchen der zum Ersatz des Wildschadens Verpflichtete Ersatz von demjenigen verlangen kann, welcher in einem anderen Bezirk zur Ausübung der Jagd berechtigt ist. Diese Bestimmung kommt praktisch insbesondere zur Geltung, wenn es sich darum handelt, ob der Ersatzpflichtige für Wildschäden, die durch Wechselwild aus einem anderen benachbarten Grundstück angerichtet werden, einen Rückgriff an dem Heger dieses Wechselwildes hat. Von der Reichstagskommission wurde anfänglich eine derartige den Rückgriff in diesem Falle an den Heger des Wechselwildes zulassende Vorschrift in dem § 819 auf-

gestellt, die jedoch aus Gründen praktischer Natur später wieder von der Mehrheitspartei gestrichen wurde. Es kam lediglich zu der erwähnten Bestimmung des Einführungsgesetzes, daß dieses Rückgriffsrecht von der Landesgesetzgebung geregelt werden könne. Maßgebend für diese Nichtregelung dieses Rückgriffsrechts im BGB. war einmal die Erwägung, daß der Jagdberechtigte, in dessen Jagdbezirk das Wechselwild aus dem benachbarten Jagdbezirk übertritt, ja auch Vorteile aus diesem Übertritt des Wechselwildes insofern hat, als er ja nunmehr auch dieses zur Strecke bringen kann, seine Jagd also hierdurch geradezu einen höheren Wert erhält, so daß es also auch durchaus nicht als unbillig erscheint, daß er auch diesen durch das Wechselwild auf dem Grundstück seines Jagdrechtcs angerichteten Schaden zu tragen hat — also neben den durch das Standwild seines Jagdbezirkes angerichteten Schaden —. Ferner würde aber dem Jagdberechtigten, der für den gezahlten Schadenersatz an dem Heger des Wechselwildes Rückgriff nehmen will, im Prozeß der sehr schwer — möglicherweise gar nicht — zu erbringende strikte Beweis obliegen, daß der fragliche Schaden nicht durch das Standwild dieses Jagdbezirkes, sondern gerade durch das Wechselwild des benachbarten Jagdbezirkes entstanden sei; gerade dieser Beweis würde aber geradezu eine Quelle ewiger Streitigkeiten zwischen den beiden Jagdberechtigten der beiden benachbarten Jagdbezirke bilden. Ebenjowenig erschien es aber am Plage, für die Jagdberechtigten in diesen Fällen eine gesetzliche Verpflichtung zur Einzäunung ihrer Jagdreviere zu schaffen, einmal weil zwecks Einbringung der hohen Wildgatterkosten der Wildbestand erhöht werden müßte, was dann wiederum eine Gefährdung der Holzbestände insofern zu starker Beschädigung durch das Wild zur Folge haben würde, ferner aber auch durch die Verhinderung des natürlichen Wandertriebes des Wildes eine Entartung der Wildbestände des eingezäunten Revieres zu befürchten wäre, namentlich bei kleineren eingezäunten Bodenflächen. Diese Gründe führten zu einer Ablehnung der reichsrechtlichen Normierung der Rückgriffsfrage. Gleichwohl kann aber auch, wenn die Landesgesetzgebung die ihm nunmehr vorbehaltene Rückgriffsfrage nicht geregelt hat — wie dies in Mecklenburg-Schwerin durch das Gesetz vom 9. 4. 1899 geschehen ist, ferner in Hannover durch Gesetz vom 21. 7. 1848 in § 4 — ein Rückgriff des Jagdberechtigten an den Heger von wechselndem Schadenwild (auf einem benachbarten Grundstück) nach dem bürgerlichen Gesetzbuch zulässig sein, nämlich dann, wenn das Wechselwild des Hegers auf dessen Jagdrevier zwar eingezäunt, aber auf das benachbarte Grundstück des hier Jagdberechtigten und auf Schadenersatz zunächst in Anspruch Genommenen ausgebrochen war. In diesem Falle kann nämlich der Heger des eingezäunten Wechselwildes als Tierhalter im Sinne

der Bestimmung des § 833 BGB. angesehen werden, so daß der Rückgriff des Jagdberechtigten an diesen nach dieser Bestimmung rechtlich begründet sein kann; denn nach dieser Bestimmung haftet der Tierhalter für Schäden, die durch sein gehaltenes Tier entstehen, dem Verletzten auf Schadenersatz. Allerdings hat der Jagdberechtigte bei diesem Rückgriff an den Heger des eingezäunten Wechselwildes den erwähnten schwierigen Beweis im Prozeß zu erbringen, daß der Schaden gerade durch das ausgebrochene Wechselwild angerichtet worden war, also nicht von dem Standwild seines eigenen Jagdbezirkes herrührte.

Bezüglich der Person des Ersatzberechtigten bestimmt der erwähnte § 835 Absatz 1 Satz BGB., daß dem Verletzten der Schaden zu ersetzen ist. Daraus ergibt sich, daß nicht nur der Eigentümer des Grundstückes selbst diesen Anspruch auf Schadenersatz gegen den ersatzpflichtigen Jagdberechtigten hat — falls der Eigentümer selbst der Jagdberechtigte ist, kommt selbstverständlich auch eine Schadenersatzpflicht gar nicht mehr in Betracht, da es ihm dann ja selbst überlassen ist, den Schaden durch Abschuß des Wildes zu verhindern —, sondern auch der Pächter des Grundstückes im Falle der Verpachtung des beschädigten Grundstückes oder im Falle der Bestellung eines Nießbrauches an dem Grundstücke der Nießbraucher. Steht dem Eigentümer das Jagdrecht an dem von ihm verpachteten Grundstück zu, so ist der Pächter nicht auf Grund des § 835 BGB. berechtigt von diesem, seinem Verpächter, Schadenersatz für Beschädigungen des Grundstückes durch das Wild zu verlangen, da ja dieser Paragraph seinem Wortlaute nach voraussetzt, daß „dem Eigentümer das Jagdrecht nicht zusteht“, was hier gerade der Fall ist. Ob der Pächter auf Grund des Pachtvertrages von seinem Verpächter für die Wildschäden verlangen kann, ist streitig. Man wird diese Frage aber sowohl auf Grund des § 581 BGB. wie auch nach dem Willen der Parteien bei Abschluß des Pachtvertrages bejahen müssen. Denn nach § 581 BGB. hat der Verpächter dem Pächter den Gebrauch des verpachteten Grundstückes und den Genuß der Früchte, soweit sie nach den Regeln einer ordnungsmäßigen Wirtschaft als Ertrag anzusehen sind, während der Pachtzeit zu gewähren. Eine solche ordnungsmäßige Gewährung liegt nun auf Seiten des Verpächters nicht vor, wenn er die Wildschäden nicht durch ordnungsmäßigen Abschuß des Wildes soweit verhindert, wie dies nach der Lage des Falles möglich und üblich ist. Denn da dem Pächter das Jagdrecht hier nicht zusteht, so ist er gegen die Beschädigungen des gepachteten Grundstückes durch das Wild völlig machtlos. Zu diesem Ergebnis zwingt auch der Wille der Parteien bei Abschluß des Pachtvertrages, der doch offenbar dahin geht, daß dem Pächter der volle Ge-

brauch und Genuß der Früchte des Grundstückes überlassen werden sollte, was natürlich dann nicht der Fall ist, wenn der Verpächter und Eigentümer die Wildschäden durch Nichtausübung seines Jagdrechtes zuläßt. Um jeden Zweifel auszuschalten, wird der Pächter zweckmäßigerweise in dem Pachtvertrage eine Klausel des Inhaltes aufnehmen lassen, daß der Verpächter für den ordnungsmäßigen Abschluß des Wildes Sorge zu tragen habe und für Wildschäden, die sich hätten vermeiden lassen, dem Pächter Schadenersatzpflichtig sein soll.

Als Wild, dessen Beschädigungen dem Verletzten einen Schadenersatzanspruch gewährt, zählt das BGB. in der genannten Bestimmung Schwarz-, Rot-, Elch-, Dam- oder Rehwild und Fasanen auf. Für Schäden, die durch andere Wildarten, insbesondere Hasen, angerichtet werden, ist also nach dieser reichsrechtlichen Bestimmung des BGB. ein Schadenersatzanspruch nicht gewährt. Jedoch ist auch hier wiederum der Landesgesetzgebung vorbehalten, die Schadenersatzpflicht für Wildschäden auch auf andere als diese bezeichneten Wildarten auszudehnen. Denn der Artikel 71 des Einführungsgesetzes bestimmt in Nr. 1 hierüber: Unberührt bleiben die landesgesetzlichen Bestimmungen, nach welchen die Verpflichtung zum Ersatz des Wildschadens auch dann eintritt, wenn der Schaden durch jagdbare Tiere anderer als der im § 835 BGB. bezeichneten Gattungen angerichtet wird. Von diesem Vorbehalt hat insbesondere Baden den weitesten Gebrauch gemacht; denn es bestimmt in § 21 Absatz 1 des Gesetzes vom 9. 8. 1898, daß die Ersatzpflicht für Wildschäden auch dann eintritt, wenn der Schaden durch andere als die im § 835 BGB. bezeichneten jagdbaren Tiergattungen angerichtet wird, so daß also auch Schäden, die durch Hasen angerichtet werden, im Geltungsgebiete dieses Gesetzes dem Verletzten einen Schadenersatz gewähren. Nur für Schäden, die durch Raubtiere, Strich- und Zugvögel angerichtet werden, wird nach diesem Gesetz kein Schadenersatz gegeben. Um aber die Ersatzpflicht nicht zu weit auszudehnen, ist in dem Absatz 2 dieser Gesetzesbestimmung Badens weiter vorgeschrieben, daß der Wildschaden, der in Hausgärten und Baumschulen entsteht, nur dann zu ersetzen ist, wenn solche eingezäunt, bei jungen Obstbäumen angerichtete nur dann, wenn sie während des Winters eingebunden oder sonst geschützt sind. In Preußen, das die Wildarten des BGB. beibehalten hat, kann die Aufsichtsbehörde gemäß § 16 des Wildschadengesetzes vom 11. 7. 1891 den Besitzern von Obst-, Gemüse-, Blumen- und Baumchulanlagen gestatten, Wild jeder Art, das den Schaden anrichtet, selbst zu erlegen.

Die Ersatzpflicht besteht nicht nur für solche Schäden, die dem Grundstück selbst zugefügt werden, sondern auch für diejenigen Schäden, die

dessen wesentliche Bestandteile betreffen. Zu diesen wesentlichen Bestandteilen des Grundstückes gehören gemäß § 94 BGB. die mit dem Grund und Boden fest verbundenen Sachen, insbesondere die Gebäude, sowie die Erzeugnisse des Grundstückes; Samen wird mit dem Aussäen, eine Pflanze mit dem Einpflanzen wesentlicher Bestandteil des Grundstückes. Da wie ersichtlich getrennte, noch nicht eingeerntete Erzeugnisse des Grundstückes nicht zu den wesentlichen Bestandteilen des Grundstückes gehören, so bedurfte es noch der besonderen Bestimmung im Satz 2 des § 835 Absatz 1, daß die Ersatzpflicht sich auch auf den Schaden erstreckt, den die Tiere an getrennten, aber noch nicht eingeernteten Erzeugnissen der Grundstücke anrichten.

Über die Art der Schadenersatzleistung sind die allgemeinen Bestimmungen der §§ 249 ff. BGB. maßgebend, so daß der Verletzte nach seiner Wahl entweder von dem Ersatzpflichtigen die Wiederherstellung des früheren Zustandes, sogenannte Naturalrestitution, verlangen kann, oder auch Entschädigung in Geld. Wenn aber die Herstellung des früheren Zustandes dem Ersatzpflichtigen nicht mehr möglich ist oder nur mit unverhältnismäßigen Aufwendungen möglich ist, ersteres ist z. B. der Fall, wenn ein Teil der Sommerernte vernichtet ist, dann kann der Ersatzpflichtige den Ersatzberechtigten allein in Geld entschädigen, also die Wiederherstellung des früheren Zustandes verweigern, § 251 BGB. Der Beweis hierfür liegt aber dem Ersatzpflichtigen ob, wenn er derartiges behauptet. Welcher Wert für Feldfrüchte, die längere Zeit vor ihrer Reife und Einerntung vernichtet oder beschädigt werden als maßgebend zu Grunde zu legen ist, darüber enthält das BGB. keine ausdrückliche Normierung, so daß es den Landesgesetzen frei steht, hierüber selbst positive Vorschriften aufzustellen. Fehlen solche, so ist die allgemeine Bestimmung des § 252 BGB. zur Anwendung zu bringen, nach welcher der zu ersetzende Schaden auch den entgangenen Gewinn umfaßt, wobei als entgangen der Gewinn gilt, der nach dem gewöhnlichen Lauf der Dinge oder nach den besonderen Umständen, insbesondere den getroffenen Anstalten und Vorkehrungen mit Wahrscheinlichkeit erwartet werden konnte. Demnach ist als Wert dieser noch nicht reifen Feldfrüchte der Wert zu Grunde zu legen, den sie bei Eintritt ihrer Reifezeit vermutlich gehabt haben würden, wobei jedoch diejenigen Unkosten, die der Verletzte erspart hat, also die Kosten der Einerntung, von der hiernach ermittelten Summe in Abzug zu bringen sind.

Bemerkenswert ist schließlich noch, daß die Schadenersatzberechtigung des Verletzten durch sein eigenes Verschulden beschränkt, bezw. gemindert oder gänzlich aufgehoben werden kann und zwar zufolge der Bestimmung des § 254 BGB., wenn bei der Entstehung des Wildschadens ein Ver-

schulden des hierdurch Beschädigten mitgewirkt hat, insbesondere dann, wenn er es unterlassen hat, den Schaden abzuwenden oder zu vermindern. Ein derartiges mitwirkendes eigenes Verschulden des Verletzten würde z. B. darin zu finden sein, daß er es unterlassen hat, wertvolle Baumschulen einzuzäunen oder junge Obstbäume einzubinden, wie dies nach der Sachlage notwendig und üblich ist.

Zur Fundamentalformel der vereinfachten Waldwertrechnung.

Von N. Gennimatás, Professor a. d. Techn. Hochschule in Athen.

In unserem Aufsatz „Beitrag zur vereinfachten Waldwertrechnung und Forststatistik“ (erschienen im Februarheft 1915 dieser Zeitschrift) gaben wir eine neue Näherungsformel für den Nachwertfaktor ($N = 1,0p^n$) an; sie lautet:

$$(1) \quad N = \frac{200 + (n + r)p}{200 - (n - r)p},$$

wobei die Zahl r auf Grund der logarithmisch berechneten Werte des Nachwertfaktors und unter Annahme des Wertes $p = 3$ für den forstlichen Zinsfuß zu ermitteln ist. Zur praktischen Anwendung obiger Formel haben wir im erwähnten Aufsatz eine kleine Tabelle der Werte von r für $n = 1, 5, 10, 15, 20, 25, 30, 35, 40$ aufgestellt; nun wollen wir aber die Werte von r für jede Jahreszahl n von 1 bis 120 unter Zugrundelegung desselben Zinsfußes von 3% angeben, indem wir zunächst eine kurze Mitteilung über den zur Berechnung von r eingeschlagenen Weg vorausschicken.

Lösen wir obige Gleichung (1) nach r auf, so folgt:

$$r = n \cdot \frac{N + 1}{N - 1} - \frac{200}{p},$$

oder, wenn wir $p = 3$ und $N = 1,03^n$ setzen:

$$(2) \quad r = n \cdot \frac{1,03^n + 1}{1,03^n - 1} - \frac{200}{3}.$$

Wollte man nun die Werte von r unter Zuhilfenahme einer Nachwertstafel durch obige Formel ausrechnen, so hätte man jedesmal die Division $\frac{1,03^n + 1}{1,03^n - 1}$ auszuführen. Allerdings ließe sich obige Division durch eine Multiplikation ersetzen, wenn man neben der Nachwertstafel noch eine Periodenrententafel zur Hilfe nähme, denn es ist

$$\frac{1,03^n + 1}{1,03^n - 1} = (1,03^n + 1) \cdot \frac{1}{1,03^n - 1}.$$